



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

erst einen Tag vor Beginn der internationalen Afghanistan-Konferenz hat Angela Merkel auf unseren Druck hin dem Parlament und der Öffentlichkeit erklärt, mit welchem Konzept die Regierung nach London reisen will. Die Pressekonferenzen von Merkel und ihren Ministern lassen jedoch Zweifel aufkommen, wie nachhaltig der angekündigte Strategiewechsel in Afghanistan ist. Wir als SPD haben die Richtung für eine künftige Afghanistan-Strategie vorgegeben: erst mit Frank-Walter Steinmeiers 10-Punkte-Plan im September 2009, dann mit unserem Antrag anlässlich der ISAF-Verlängerung und letzte Woche mit unserer eigenen Afghanistan-Konferenz. Unsere Kernforderungen hat Merkel sich nun zu eigen gemacht: verstärkter Wiederaufbau, mehr Ausbildung von Sicherheitskräften und eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr.

Zur Belebung der Wirtschaft glaubt die Regierung weiter an das Märchen von Steuersenkungen, die alles beflügeln sollen. Von Innovationen und sozialer Verantwortung keine Spur. Klare Regeln für den Finanzmarkt und Grenzen für Spekulationen – weit gefehlt. Nichts als leere Worte, Kniefälle vor Lobbyisten und Schweigen vor der Wahl in NRW. Wege aus der Krise sucht Merkels Truppe vergeblich und überlässt Beschäftigte ihrem Schicksal. Wir haben mit unseren Initiativen in dieser Woche gezeigt, wie die sozialdemokratische Alternative zu Klientelpolitik, Verschuldung, sozialer Spaltung und schwarz-gelbem Chaos aussieht.

Glückauf

Johannes Pflug



Bärbel Bas



www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB

REDAKTION: MANUEL REIß, SILVIA POPP

PLATZ DER REPUBLIK 1,

11011 BERLIN

DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 02 Topthema: Afghanistan-Einsatz braucht klare Perspektive
- 04 Konditionen für Kurzarbeit verbessern
- 06 Kinder wirksamer schützen
- 07 Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen
- 08 Geschenke an Hoteliers rückgängig machen
- 09 Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen
- 11 Nachhaltige Wirtschaftsstrategie gefordert

TOPTHEMA

Afghanistan-Einsatz braucht klare Perspektive

Am 27. Januar hielt die Kanzlerin endlich auf unser Drängen hin ihre Regierungserklärung zur internationalen Afghanistan-Konferenz in London. In seiner Erwidern begrüßte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, dass Schwarz-Gelb nach wochenlangem Ringen um eine Afghanistan-Strategie nun Kernforderungen der Sozialdemokraten übernommen hat. Als „Last-Minute“-Entscheidung wollen nun auch Union und FDP die Aufstockung der Mittel für den Wiederaufbau, mehr Ausbildung von Sicherheitskräften und eine Abzugsperspektive. Für die Zustimmung der SPD zu einem veränderten ISAF-Mandat benannte Gabriel eindeutige Bedingungen.

Wir wollen im Einklang mit der Strategie der USA und den europäischen Partnern die Reduzierung der Truppen 2011 beginnen. Der von uns angestrebte Abzug der Bundeswehr von 2013 bis 2015 entspricht dem Ziel der afghanischen Regierung, in diesem Zeitraum selbst

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

die Sicherheitsverantwortung für ihr Land zu übernehmen. Bis dahin muss die internationale Gemeinschaft Afghanistan dabei unterstützen, dies auch gewährleisten zu können. Eine solche Abzugsperspektive für die deutschen Streitkräfte aus Afghanistan forderte der SPD-Vorsitzende von der Bundesregierung als Grundvoraussetzung für eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu einem neuen Bundeswehrmandat. Des Weiteren müsse die Kanzlerin qualitative und quantitative Ziele für den deutschen Afghanistan-Einsatz entwickeln und ihre Einhaltung kontinuierlich und transparent durch Nichtregierungsstellen überprüfen lassen. Erst dadurch werde es „für das Parlament, aber auch für die deutsche Öffentlichkeit überprüfbar, ob unser Afghanistaneinsatz gerechtfertigt ist oder nicht und ob wir die richtigen Mittel einsetzen oder nicht“, betonte Gabriel.

Die von der schwarz-gelben Regierung geplante Truppenaufstockung kritisierte der SPD-Parteivorsitzende deutlich: „Wir sind nicht überzeugt davon, dass wir für diese Strategie 850 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten brauchen. Darüber werden wir hier im Deutschen Bundestag sicher noch heftig diskutieren“. Merkel müsse deutlich machen, ob ihre geplanten Truppenaufstockungen zwingend und klar zeitlich begrenzt sind. Außerdem müsse die Kanzlerin klarstellen, ob sie nachvollziehbar eine Beendigung der Beteiligung der deutschen Bundeswehr an bewaffneten Einsätzen für den Zeitraum 2013 bis 2015 herbeiführen will.

Gabriel erinnerte in seiner Rede an die Vorlage für die jetzt durch die Bundesregierung übernommene Strategie: den Zehn-Punkte-Plan Frank-Walter Steinmeiers, den er bereits im Spätsommer 2009 vorgelegt hatte. Darin wird unter anderem eine massive Stärkung des zivilen Aufbaus gefordert, eine Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen, ein Dialog mit allen relevanten Kräften im Land sowie eine stärkere Einbeziehung von wichtigen internationalen Partnern wie China, Russland, Türkei und auch Iran. Ziel ist es, Afghanistan mittelfristig zu verlassen, ohne aber die Sicherheit und Stabilität des Landes zu gefährden. Außerdem warnte Gabriel vor einer leichtfertigen Verwendung des Begriffs „Krieg“. Es handle sich um einen Einsatz der Vereinten Nationen. Dabei „sind Soldatinnen und Soldaten so etwas wie „Weltpolizisten“ dort, wo die normalen polizeilichen Mittel versagen und nicht wirken. Sie sind eben keine Krieger,“ so Gabriel.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Heftige Kritik äußerte Gabriel am wochenlangen Schweigen der Kanzlerin im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar in London gegenüber Parlament und Öffentlichkeit: „Wir mussten ja heute lesen, dass Ihr Außenminister erst gestern die Verbündeten über die neue Afghanistanstrategie der Bundesregierung informiert hat. Last-Minute sozusagen. Wer so kurzfristig auf internationale Konferenzen fährt, der muss sich nicht wundern, wenn er dabei am Katzentisch sitzt.“

Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes 2001 steht für die SPD der politische und wirtschaftliche Aufbau im Mittelpunkt des internationalen Engagements. Das Ziel muss sein, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken und damit die Voraussetzungen für ein Ende des militärischen Engagements zu schaffen. Dazu leisten die deutschen Soldaten, Polizisten und Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren Außerordentliches. Und dies geschieht unter schwierigsten und oft lebensbedrohlichen Bedingungen. Ihre wichtige Arbeit für mehr Sicherheit und Perspektiven für die Menschen gilt es zu unterstützen. Aufbauend auf dem 10-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier haben wir bereits zur Verlängerung des ISAF-Mandats am 3. Dezember 2009 einen Entschließungsantrag mit klaren Forderungen an die Bundesregierung für eine künftige Afghanistan-Strategie eingebracht. Mit unserer Afghanistan-Konferenz am 22. Januar unter Beteiligung von Experten haben wir die öffentliche Auseinandersetzung gesucht. In ihrem gemeinsamen Positionspapier haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel ihre Linie formuliert und die Debatte entscheidend vorangebracht.

ARBEIT

Konditionen für Kurzarbeit verbessern

Wir wollen eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise fortführen und ergänzen: die Kurzarbeit. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit schützen - Konditionen für Kurzarbeit verbessern“ (Drs. 17/523) in den Bundestag eingebracht, der am 28. Januar im Plenum beraten wurde.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch diese Regelung verhindert werden. Die OECD hat anderen Staaten empfohlen, die Regelung zu übernehmen. Auch Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bereits spürbare Einschränkungen vorgenommen, die die Inanspruchnahme durch die Unternehmen spürbar zurückführen werden. Ab dem 1. Januar 2010 ist der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate begrenzt. Wir fordern stattdessen eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate, um einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden und die Kurzarbeit finanziell attraktiv für die Arbeitgeber zu halten. Die Sozialbeiträge sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2011 von den Arbeitgebern getragen werden. Die finanzielle Belastung für die Unternehmen in der Krise wird so spürbar steigen. Wir wollen weiterhin die Kostenübernahme durch die Bundesagentur für Arbeit, um diese Betriebe zu stützen.

Ferner sollen folgende Regelungen über Dezember 2010 hinaus verlängert werden:

- ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld (Nachweis Entgeltausfall von mehr als 10 Prozent),
- kein Abbau der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld,
- die Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen mit ihren Leih-/Zeitarbeitern Kurzarbeit zu vereinbaren.

Nur durch eine vorausschauende, gestaltende Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie in die Wege geleitet haben, werden wir die Innovationskraft der deutschen Industrie in Zeiten der Krise bewahren können. Die geforderten gesetzlichen Regelungen sind eilbedürftig, da die Unternehmen schnellstmöglich Klarheit brauchen. Andernfalls drohen infolge von Kündigungs- und anderen Vorlaufurteilen Entlassungen in großem Umfang.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

FAMILIE

Kinder wirksamer schützen

Am 28. Januar hat der Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mit Eckpunkten für ein grundlegendes Kinderschutzgesetz „Kinderschutz wirksam verbessern: Prävention im Kinderschutz optimieren – Förderung und Frühe Hilfen für Eltern und Kinder stärken“ (Drs. 17/498) beraten. Damit sind wir den Ankündigungen von Familienministerin Köhler einen entscheidenden Schritt voraus. Uns geht es vor allem darum, Eltern zu stärken, um Überforderungen zu vermeiden und das Kindeswohl von Anfang an zu schützen.

Damit Kinder besser vor Gefahren geschützt sind, ist ein umfassendes Gesamtkonzept nötig. Purer Aktionismus hilft nicht weiter. Als Grundlage für einen wirksamen Kinderschutz fordern wir erneut, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Des Weiteren setzen wir auf eine bessere und engere Zusammenarbeit von Jugendämtern, Ärzten, Behörden, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Zur besseren Vorbeugung gegen Kindesgefährdung sollen Kitas zu Eltern-Kinderzentren mit breitem Beratungsangebot ausgebaut werden. Wesentlich ist außerdem, die Schnittstelle zwischen der Kinder- und Jugendhilfe einerseits und dem Gesundheitswesen andererseits zu schließen.

Einen besseren Kinderschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Dazu ist ein handlungsfähiger und ausreichend finanzierter Staat unerlässlich. Deshalb fordern wir von Schwarz-Gelb, alle Maßnahmen, wie die Steuergeschenke an ihre Klientel, zu unterlassen oder rückgängig zu machen, die die Finanzkraft des Bundes, der Länder und der Kommunen schwächen und damit einen wirksamen Kinderschutz konterkarieren.

Wir erwarten von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der den Kinderschutz wirksam verbessert und die Prävention im Kinderschutz stärkt. Bestehende Lücken in bundesgesetzlichen Regelungen, die eine Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, eine Stärkung früher Förderung und früher Hilfen und die Förderung eines gesunden Aufwachsens erschweren, sollen geschlossen werden. Zudem soll Schwarz-Gelb ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz vorlegen und die Erhebung der Jugendhilfestatistik verbessern.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Schließlich soll die Bundesregierung dem Bundestag entsprechende Evaluationen und Berichte zu diesem Bereich vorlegen.

In der Großen Koalition war das Vorhaben eines Kinderschutzgesetzes gescheitert, da die Union anstatt vorbeugende Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen auf Kontrolle und Repression setzte. Dies haben wir, unterstützt von vielen Expertinnen und Experten, abgelehnt.

FINANZEN

Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen

Beständig wird aus den Reihen der Bundesregierung über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen schwadroniert. Manches - so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und ihre Beamten - sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch. Manches gehe vielleicht national, vielleicht aber auch nicht - oder doch nur mit den USA, oder auch europäisch oder doch eher nicht. Klare Initiativen und jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung - zum Beispiel zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben - werden allerdings nach wie vor nicht vorgelegt. Offensichtlich werden hier auch die einzelnen Instrumente - Finanztransaktionssteuer, Boni-Steuer/Abgabe; Bankensteuer/-abgabe - gegeneinander ausgespielt.

Das ist nach wie vor die Strategie von Merkel und Schäuble: Mit allgemeinem Gerede die Öffentlichkeit einlullen und besänftigen - aber im Konkreten den Banken und der Finanzindustrie nicht zu nahe treten. Die SPD hat dazu eine klare und konkrete Gegenposition. Mit zwei Anträgen (Drs. 17/526, 17/527) fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und der Einsetzung präventiver Maßnahmen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.
- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- unverzüglich Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu ergreifen und umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Geschenke an Hoteliers rückgängig machen

Hohe Verluste für die öffentliche Hand durch geringere Steuereinnahmen und keine Vorteile für Hotelgäste in Deutschland sind das Ergebnis der schwarz-gelben Regierungspolitik. Die Realität beweist: Zum Jahresbeginn stiegen die Preise für Hotelübernachtungen zum Teil sogar an. Dabei hat die schwarz-gelbe Koalition kurz zuvor den Hotels ein Geschenk in Form der Mehrwertsteuerermäßigung gemacht, um angebliche Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Diese Entwicklung belegt nun, dass die von der SPD kritisierten negativen Folgen aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ eintreten: Jährlich verliert die öffentliche Hand Steuereinnahmen aus der Absenkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers im Umfang von circa einer Milliarde Euro.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Dass die FDP dem Lobbyismus der Hotelbranche erlegen ist, ist spätestens mit der Millionenspende der Substantia AG an die liberale Partei offensichtlich. Skandalös ist, dass auf parlamentarischer Ebene Lobbyinteressen durchgesetzt werden, die zuvor durch eine saftige Parteispende von 1,1 Millionen Euro erkaufte worden sind. Der Koalitionspartner CDU/CSU spielt dabei mit, um das Regierungsbündnis nicht zu gefährden. Dieses Vorgehen hat den Anschein eines käuflichen Staates und es besteht die Gefahr, der Korruption den Weg zu bereiten. Das steht im krassen Gegensatz zu unserer demokratischen Grundordnung und politischen Auffassung.

Wir haben die FDP im Bundestag bereits aufgefordert, die Spende der Substantia AG zurückzuzahlen. In einem Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Drs. 17/520) fordern wir nun, die unsinnige Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent zurückzunehmen. Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition von CDU/CSU und FDP. Die von der Deutscher Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) in Aussicht gestellte spürbare Senkung der Übernachtungspreise in Deutschland bleibt erwartungsgemäß aus. Ein Wachstumseffekt ist nirgends erkennbar, es werden weder die Auslastung noch die Beschäftigung dieser Betriebe steigen. Auch die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und veranlassen die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung.

UMWELT

Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen

Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen (COP15) im Dezember 2009 ist die Weltgemeinschaft angesichts der drohenden Gefahren bei Fortschreiten des Klimawandels gefordert, erneute Anstrengungen für ein verbindliches Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls zu unternehmen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen“ (Drs. 17/522) in den Bundestag eingebracht, der am 28. Januar vom Parlament beraten wurde.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist gescheitert. Das von einer Gruppe aus 26 Staaten erarbeitete Abschlussdokument, der Copenhagen Accord, wurde vom Plenum der 194 Vertragsstaaten nur formal zu Kenntnis genommen. Der Klimawandel, vielfach als größte Herausforderung beschworen, muss auf der Agenda der Völkergemeinschaft bleiben. Wir verlangen von Bundesregierung und Kanzlerin nun dafür zu sorgen, dass Deutschland und die Europäische Union die Vorreiterrolle für ein völkerrechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen (VN) nicht weiter gefährden. Dazu ist es notwendig, Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern zurück zu gewinnen.

In unserem Antrag fordern wir erneut, dass die Europäische Union das Ziel einer Senkung ihrer Treibhausgasemissionen von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990, unabhängig von den Reduktionszielen anderer Staaten, beschließt und damit den Prozess in den VN stärkt. Gleichzeitig muss die Europäische Union die bilaterale Abstimmung intensivieren und ihre diplomatischen Möglichkeiten umfassend nutzen. Die EU soll noch vor den Klimaverhandlungen in Bonn, die im Juni dieses Jahres stattfinden, konkrete Angebote über die Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsstrategien in den Entwicklungsländern unterbreiten. Bei einem notwendigen Volumen von mindestens 100 Milliarden Euro im Jahr 2020 beträgt der Anteil der EU etwa 30 Milliarden Euro.

Zur Stärkung ihrer internationalen Glaubwürdigkeit soll Deutschland vom Copenhagen Accord unabhängige, eigene Vorstellungen vorantreiben und erstmals verbindliche über 2020 hinausgehende langfristige und anspruchsvolle Klimaziele festlegen sowie diese in einem Klimaschutzgesetz beschließen. Deutschland soll darin bis 2020 eine Verminderung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent und bis 2050 von 80 – 95 Prozent gegenüber 1990 festschreiben, ohne dies an Voraussetzungen für Minderungsziele anderer Länder zu knüpfen.

Merkels Taktik, erst in der letzten Phase der Verhandlungen Angebote zu machen ist in Kopenhagen nicht aufgegangen. Die Europäische Union und Deutschland haben es durch ihr langes Zögern sowohl beim Reduktionsziel als auch bei den Finanzierungszusagen ver-

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

säumt, den Verhandlungsprozess voranzubringen. Nicht ohne Grund wurde die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer Haltung, finanzielle Hilfen im Klimaschutz nicht als zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit leisten zu wollen, zum „Fossil of the Day“ gekürt.

WIRTSCHAFT

Nachhaltige Wirtschaftsstrategie gefordert

Auch der Jahreswirtschaftsbericht 2010 den die Bundesregierung am 28. Januar im Bundestag vorgestellt hat, zeigt: Es steht uns ein schwieriges Jahr bevor. Nach wie vor glaubt Schwarz-Gelb jedoch an die starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums durch weitere Steuersenkungen. Aber trotz starker Steuerentlastungen bereits zu Beginn des laufenden Jahres zeigt das Wirtschaftswachstum mit real 1,4 Prozent wie von uns und vielen Experten erwartet, längst nicht die von der Koalition angekündigte Wirkung. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt der Klientel- und Verschuldungspolitik von Union und FDP in ihrem Antrag „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“ (Drs. 17/521) ein eigenes Konzept entgegen.

Jetzt müssen zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden. Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie notwendig, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Wir wollen nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe. Unser Konzept ist die sozialverantwortliche Alternative zur Rat- und Tatenlosigkeit des Bundeswirtschaftsministers.

Unser Hauptaugenmerk liegt darin, eine neue Investitionskultur zu schaffen. Die verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen setzt Anreize für Unternehmen und unterstützt Forschung, Entwicklung und Innovationen. Außerdem brauchen wir eine neue Balance von Exporten und Binnennachfrage. Nur so werden wir eine zukunftsfähige Politik gestalten können.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Unsere Hauptforderungen sind:

- Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.
- Gleichermassen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.
- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.
- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.
- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.
- Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe II/2010)

Nach wie vor setzt die Bundesregierung auf weitreichende zusätzliche Steuerentlastungen „möglichst zum 1. Januar 2011“. Gleichzeitig will sie ab 2011 die neue Schuldenregel einhalten und den Bundeshaushalt grundlegend konsolidieren. Bundesregierung und Regierungskoalition glauben und pflegen immer noch ihre Lebenslüge, dass massive Steuersenkungen zwangsläufig ein rasant wachsendes Wirtschaftswachstum auslösen - ein Unsinn, für den jegliche Empirie und ernsthafte Unterstützung durch Experten fehlt. Zudem zeigt ein Blick in die Geschichte der 80er und 90er Jahre, dass derartige Konzepte misslingen. Ansonsten steht bezogen auf die konkrete Ausgestaltung der Steuersenkungs- und Konsolidierungspläne der Bundesregierung auch im Jahreswirtschaftsbericht 2010 nichts Neues. Der Jahreswirtschaftsbericht schreibt in den einschlägigen Passagen lediglich die Koalitionsvereinbarung ab. Nach wie vor werden vor der NRW-Wahl alle Schotten dicht gehalten.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de